

Antrag

der Abgeordneten Andreas Schmidt (Mülheim), Dr. Winfried Pinger, Jürgen Augustinowitz, Klaus-Jürgen Hedrich, Ursula Männle, Erika Reinhardt, Dr. Christian Ruck, Heribert Scharrenbroich, Christian Schmidt (Fürth), Dr. Harald Schreiber, Wolfgang Vogt (Düren), Alois Graf von Waldburg-Zeil, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Ingrid Walz, Ulrich Irmer, Dr. Gisela Babel, Dr. Michaela Blunk (Lübeck), Günther Bredehorn, Jörg van Essen, Dr. Olaf Feldmann, Horst Friedrich, Dr. Werner Hoyer, Jürgen Koppelin, Dr.-Ing. Karl-Hans Laermann, Dr. Bruno Menzel, Günther Friedrich Nolting, Arno Schmidt (Dresden), Gerhard Schüßler, Dr. Sigrid Semper, Dr. Cornelia von Teichman, Uta Würfel, Burkhard Zurheide und der Fraktion der F.D.P.

Entwicklung und Aufbau von sozialen Sicherungssystemen in den Entwicklungsländern

Die Bedeutung sozialer Sicherung hat bisher in der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit eine untergeordnete Rolle gespielt. Obwohl die Bekämpfung der Armut und ihrer Ursachen inzwischen international ein zentraler Ansatzpunkt der Entwicklungspolitik geworden ist, nimmt die Zahl der Armen weiterhin zu. Die Ursachen dafür sind nicht nur Bürgerkriege, Naturkatastrophen, wirtschaftlicher Niedergang und die Bevölkerungsexplosion, sondern auch das Zerbrechen traditioneller Sicherungssysteme.

Die Landflucht und die zunehmende Verstädterung haben neue soziale Probleme geschaffen wie Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit und Analphabetentum; aber auch Straßenkriminalität, Drogenmißbrauch und Prostitution sind Zeichen eines negativen sozialen Wandels. Die Hinwendung zur Marktwirtschaft hat vor allem in den asiatischen Regionen beeindruckende Erfolge erzielt. Doch gleichzeitig vergrößert sich die Kluft zwischen Besitzenden und Besitzlosen ständig und führt zu gravierenden sozialen Unterschieden, die in Unruhen und Resignation münden.

Tatsache ist, daß es in den meisten Entwicklungsländern bis heute an einer gezielten Sozialpolitik neben den Strategien des wirtschaftlichen Wachstums fehlt. Der Zusammenbruch traditioneller Sozialsysteme hat dazu geführt, daß Menschen nicht nur ihren wirtschaftlichen Zusammenhalt verlieren, sondern auch Behinderte, Witwen und Waisen sowie immer mehr alte Menschen ohne Schutz der Familie und der Gemeinschaft sind. In dieser Entwicklung liegt eine neue Herausforderung für die gesellschaftspolitische Zusammenarbeit. Nötig sind Konzepte zur Schaffung lang-

fristiger sozialer Sicherheit, denn Marktwirtschaft kann auf Dauer nur als soziale Marktwirtschaft erfolgreich sein.

Gleichzeitig ist es erforderlich, auch im Hinblick auf die Bevölkerungsproblematik umzudenken. Die bisherige Entwicklungspolitik hat nicht dazu geführt, den Kampf gegen Armut und Umweltzerstörung als Folgen des schnellen Bevölkerungswachstums zu gewinnen. Die Weltbevölkerung wächst pro Sekunde um drei Menschen an. Nach der jüngsten Prognose der Vereinten Nationen werden es im Jahr 2050 ca. elf Milliarden Menschen sein. Nachdem heute bereits mehr als eine Milliarde Menschen in absoluter Armut leben, werden bei dieser anhaltenden Bevölkerungsentwicklung und der damit verbundenen Umweltbelastung sogar die natürlichen Lebensgrundlagen gefährdet.

Die bisherigen bevölkerungspolitischen Strategien haben vor allem auf wirtschaftliche Entwicklung und Familienplanung gesetzt, ohne jedoch nachhaltige Erfolge zu erzielen. Entscheidende Fortschritte wird es erst geben, wenn in diese Strategien die Schaffung sozialer Sicherheit durch den Aufbau neuer sozialer Sicherungssysteme bzw. auch z. T. durch die Weiterentwicklung/Anpassung erfolgversprechender traditioneller Systeme einbezogen wird. Kinder übernehmen bislang die Absicherung gegen Armut im Alter überall dort, wo es keine soziale Fürsorge gibt. Die Kinder sind hier die einzige Versicherung gegen die Notfälle des Lebens. Der Zusammenhang zwischen niedrigem Pro-Kopf-Einkommen und hohen Geburtenzahlen ist offenkundig, d. h. wachsende Armut ist gleichzeitig ein Grund für die Zunahme der Kinderzahl. Die Überwindung dieses Teufelskreises ist das zentrale Problem in den meisten Entwicklungsländern. Auch dort wird die Zahl der 65jährigen und älteren Menschen zunehmen und damit die Schaffung eines Systems der Altersvorsorge auch in diesen Ländern erforderlich.

Die bestehenden staatlichen Systeme sozialer Sicherung in den Entwicklungsländern sind zum großen Teil nur als ideelle Ansätze vorhanden und umfassen den geringsten Teil der Erwerbsbevölkerung im formalen Wirtschaftsbereich. Konzepte für ein Netz sozialer Sicherung müssen daher von der Einbeziehung des informellen Sektors und vorhandener traditioneller sozialer Netze ausgehen. Die Weiterentwicklung dieser vorhandenen Systeme in Verbindung mit komplementären Alternativen wie neue, nicht staatliche Solidargemeinschaften kann zu einer den Erfordernissen der Existenzsicherung, Sozialverträglichkeit und Umwelterhaltung Rechnung tragenden Wirtschafts- und Sozialpolitik führen, die durch eine geeignete dezentrale, effektiv arbeitende Sozialadministration ergänzt werden muß.

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag stellt fest, daß
 - 1.1 die Bedeutung der sozialen Sicherung in der Entwicklungspolitik der Vergangenheit nur in geringem Umfang berücksichtigt wurde;
 - 1.2 die bisherigen Entwicklungsstrategien zur Überwindung von Armut, Bevölkerungswachstum und Umweltzerstörung noch keinen entscheidenden Durchbruch geschafft haben;

- 1.3 die Förderung marktwirtschaftlicher Prozesse langfristig nur dann erfolgreich sein kann, wenn die Strategie wirtschaftlichen Wachstums auch mit Maßnahmen der sozialen Absicherung verbunden wird.
2. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, künftig in der Entwicklungszusammenarbeit
 - 2.1 die Förderung sozialer Sicherungssysteme, bei denen es um die Schaffung der für ein menschenwürdiges Leben unverzichtbaren Elemente sozialer Sicherung gehen muß, stärker einzubeziehen;
 - 2.2 Rahmenbedingungen zu fördern, die soziale Sicherungssysteme ohne Abhängigkeit von externen Förderungsleistungen ermöglichen. Insbesondere ist es aus Gründen globaler Verantwortung notwendig, Konzepte für eine adäquate Altersversorgung zu entwickeln, um eine Alternative zur Alterssicherung durch Kinderreichtum aufzuzeigen und den Teufelskreis Bevölkerungswachstum, Verelendung, Umweltzerstörung und Armutswanderung zu durchbrechen;
 - 2.3 durch Analysen Voraussetzungen und Möglichkeiten zu klären, um Beiträge zum Aufbau und zur Entwicklung moderner sozialer Sicherungssysteme leisten zu können;
 - 2.4 wissenschaftliche Konzepte gemeinsam mit einheimischen Forschungseinrichtungen auf der Grundlage von Untersuchungen über bestehende soziale Sicherungssysteme, die in der Regel auf
 - a) Familie,
 - b) Gemeinde und
 - c) Selbsthilfegruppenaufbauen oder nur als begrenzte staatliche Systeme sozialer Sicherung vorhanden sind, zu erarbeiten;
 - 2.5 unter Beteiligung der Betroffenen eine Weiterentwicklung bestehender oder die Einführung neuer Systeme sozialer Sicherung zu fördern und damit zum Aufbau eines breitenwirksamen, selbsttragenden Sozialversicherungssystems beizutragen;
 - 2.6 die Partnerländer bei der Entwicklung von sozialen Sicherungssystemen vor allem im Hinblick auf die Einbeziehung der Beschäftigten im informellen Sektor und in Unternehmen, die durch die Einführung der Marktwirtschaft die betriebliche Absicherung verloren haben, sowie beim Aufbau einer effizienten Sozialadministration zu beraten.
3. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung darüber hinaus auf,
 - 3.1 in Zusammenarbeit mit nichtstaatlichen Trägerorganisationen der Entwicklungszusammenarbeit zu prüfen, inwieweit diese einen beratenden Beitrag zum subsidiären Aufbau sozialer Dienste im Sinne der Grundversorgung und zur Förderung von Systemen der sozialen Sicherung auch im Rahmen genossenschaftlicher Strukturen in Entwicklungsländern leisten können;

3.2 innerhalb eines halben Jahres über bereits geförderte Projekte und bisherige Erfahrungen mit dem Aufbau und der Entwicklung von sozialen Sicherungssystemen auf nationaler, multilateraler und nichtstaatlicher Ebene zu berichten. Der Bericht sollte auch eine Bewertung der Strategien der Internationalen Arbeitsorganisation der Vereinten Nationen (ILO) und der Weltbank beim Aufbau von sozialen Sicherungssystemen umfassen und die dort gemachten Erfahrungen darstellen.

Bonn, den 11. März 1993

Andreas Schmidt (Mülheim)

Dr. Winfried Pinger

Jürgen Augustinowitz

Klaus-Jürgen Hedrich

Ursula Männle

Erika Reinhardt

Dr. Christian Ruck

Heribert Scharrenbroich

Christian Schmidt (Fürth)

Dr. Harald Schreiber

Wolfgang Vogt (Düren)

Alois Graf von Waldburg-Zeil

Dr. Walter Franz Altherr

Anneliese Augustin

Hans-Dirk Bierling

Paul Breuer

Wolfgang Dehnelt

Renate Diemers

Wolfgang Engelmann

Rainer Eppelmann

Ilse Falk

Dirk Fischer (Hamburg)

Erich G. Fritz

Carl-Detlev Freiherr von Hammerstein

Manfred Heise

Dr. Renate Hellwig

Dr. h. c. Adolf Herkenrath

Dr. Paul Hoffacker

Josef Hollerith

Dr. Karl-Heinz Hornhues

Siegfried Hornung

Hubert Hüppe

Dr.-Ing. Rainer Jork

Dr. Egon Jüttner

Michael Jung (Limburg)

Dr.-Ing. Dietmar Kansy

Dr. Rudolf Karl Krause (Bonese)

Editha Limbach

Heinrich Lummer

Dr. Dietrich Mahlo

Claire Marienfeld

Rudolf Meinl

Maria Michalk

Alfons Müller (Wesseling)

Dr. Gerhard Päselt

Hans-Wilhelm Pesch

Gerhard O. Pfeffermann

Dr. Friedbert Pflüger

Otto Regenspürger

Werner Ringkamp

Kurt J. Rossmanith

Günther Scharz (Trier)

Trudi Schmidt (Spiesen)

Dr. Andreas Schockenhoff

Joachim Graf von Schönburg-Glauchau

Karl-Heinz Spilker

Dr. Hans Stercken

Karl Stockhausen

Egon Susset

Wolfgang Zöller

Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion

Ingrid Walz

Ulrich Irmer

Dr. Gisela Babel

Dr. Michaela Blunk (Lübeck)

Günther Bredehorn

Jörg van Essen

Dr. Olaf Feldmann

Horst Friedrich

Dr. Werner Hoyer

Jürgen Koppelin

Dr.-Ing. Karl-Hans Laermann

Dr. Bruno Menzel

Günther Friedrich Nolting

Arno Schmidt (Dresden)

Gerhard Schüßler

Dr. Sigrid Semper

Dr. Cornelia von Teichman

Uta Würfel

Burkhard Zurheide

Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion